

Übersichten

Mai 2000

britannien, Frankreich und Italien, bis 2020 Deutschland und bis ungefähr 2030 Japan überholt haben könne (*Contemporary International Relations*, Beijing, Vol.10, April 2000, Nr.4, S.10-21).

In einem auf diese Weise wohlhabend gewordenen China lösten sich viele gegenwärtige Probleme wohl von selbst auf, angefangen von der Taiwan- bis hin zur Menschenrechtsfrage.

China müsse, zweitens, sowohl an „harter“ als auch an „weicher“ nationaler Stärke hinzugewinnen. „Hart“ sind in diesem Zusammenhang eine leistungsfähige Wirtschaft, ein glaubhaftes Militär und ein hoher wissenschaftlicher Standard. „Weich“ dagegen wären die eher unsichtbaren Elemente, die mit der Leistungsfähigkeit des politischen Systems verbunden sind, angefangen von der Attraktivität des historischen und kulturellen Erbes über wachsende Anziehungskraft des chinesischen Modernisierungs- und Entwicklungsmodells bis hin zur Wiederbelebung des chinesischen Einflusses auf die asiatisch-pazifische Region.

Das Militär sollte bei diesem Selbststärkungsprozess nur eine untergeordnete Rolle bestreiten. „Wirtschaft und Entwicklung“, nicht Aufrüstung seien gegenwärtig die Hauptanliegen. China müsse einen Beitrag dazu leisten, dass die in aller Welt, und nicht zuletzt in der asiatischen Region, zu neuer Geltung kommende militärische Aufrüstung so weit wie möglich wieder abgebaut wird.

Drittens habe China „legitime internationale Aufgaben“ zu schultern. So müsse es beispielsweise am Umbau des durch den Ausgang des Zweiten Weltkriegs, durch den Kalten Krieg und später durch den Ost-West-Konflikt verformten internationalen Systems mitarbeiten und die Neuausrichtung der UNO, des IWF und der WTO mitgestalten. China müsse hier überall mit einer konstruktiven Einstellung herangehen. Zwar bringe ein epochaler Schritt wie der Beitritt zur WTO viele Nachteile, vor allem für die chinesische Landwirtschaft oder für die Automobilindustrie, mit sich, doch seien hiervon auch zahlreiche Vorteile zu erwarten, die am Schluss stärker wögen. Stets müsse China bereit sein, Kompromisse einzugehen und dürfe niemals zum Neinsager werden.

Was die asiatisch-pazifische Region anbelangt, so gehe es vor allem um die Schaffung eines „Asia Monetary Fund“ und einer „Asien-Dollar-Zone“, um die Herstellung eines „asiatisch-pazifischen Sicherheitsmechanismus“ und um Verbesserung der präventiven Diplomatie.

Ein weiterer Bereich, in dem es auf die Mitarbeit Chinas ankomme, sei die Unterstützung der Multipolarisierung, in deren Gefolge auch Klein- und Mittelstaaten ihr Gewicht stärker auf die Waagschale bringen und dadurch das durch den Vorherrschaftsanspruch der USA in eine Schiefelage geratene internationale System wieder ausbalancieren könnten. Multipolarisierung bewirke drei gleichgewichtsfördernde Veränderungen, nämlich eine Verschiebung der Macht von den Großen zu den Entwicklungsländern, von den westlichen zu den nichtwestlichen Staaten sowie von Washington zu den Hauptstädten anderer Großmächte.

Vor allem die Dominanz der USA müsse verringert werden – und hier wiederum vor allem der militärische Vorsprung der Vereinigten Staaten. Zurzeit lägen die Rüstungsausgaben Washingtons 1 1/2 mal höher als die Gesamtausgaben der nachfolgenden acht Staaten, nämlich Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Russlands, Japans, Indiens und Chinas. Darüber hinaus müssten die USA auch bei ihrem Versuch gebremst werden, die Welt wirtschaftlich auszubeuten; Expropriierungsversuche der neuen Art erfolgten nicht mehr durch direkte Beherrschung, sondern auf indirektem Weg, nämlich über das wirtschaftliche Zirkulationssystem.

Was den USA verloren gehe, könne den anderen am multipolaren System beteiligten Mächte zugute kommen. Gewinnerin wäre dabei nicht zuletzt die VR China, weshalb sich dieses Land mit seiner Politik nach allen Seiten hin offen halten sollte – zu den Entwicklungsländern nicht weniger als zu den Hauptpfeilern am multipolaren System, nicht zuletzt aber auch zu den USA hin.

Im Gegensatz zu früheren Entwürfen spricht Lin Limin nicht mehr von fünf, sondern von vier Polen, nämlich den „Amerikas“, Europa, Russland und vom „vierten Großblock

Außenpolitik

1 Wie soll Chinas Außenpolitik in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts aussehen? Drei Hauptaufgaben.

Unter dieser Fragestellung liefert Lin Limin, Mitglied des „China-Instituts für Gegenwärtige Internationale Beziehungen“, einen Beitrag, der als Tour d'Horizon gedacht ist: Der Autor gehört der „Abteilung für Weltpolitik“ an und wollte deshalb seine Betrachtungen entsprechend weit ausfächern.

Im 21. Jahrhundert müsse die chinesische Außenpolitik vor allem drei Hauptziele im Auge behalten, nämlich die Fortsetzung eines hohen wirtschaftlichen Entwicklungstempos, die Zunahme nationaler Stärke und die Übernahme legitimer internationaler Verpflichtungen.

Falls das gegenwärtige 7%-Wachstum beibehalten werden könne, verdoppele sich das BIP der VRCh alle 10 Jahre, sodass China bis 2010 Groß-

Asien-Pazifik“, der sich seinerseits aus kleineren Blöcken, nämlich Südasiens, Südostasien und Nordostasien, zusammensetzt (früher war noch Japan als ein separater „Pol“ genannt worden). China müsse mit einer wohl abgestimmten Nachbarschaftspolitik dazu beitragen, dass dieser asiatisch-pazifische Block an Solidität gewinne. Zu diesem Zweck müsse sich die VRCh am APEC, am ARF (ASEAN Regional Forum), an der 10+3-Vereinigung und an ähnlichen gesamtregionalen Allianzen beteiligen. Vor allem gelte es, hierbei das antichinesische Misstrauen bei Ländern wie Indien, Indonesien oder Japan abzubauen.

-we-

2 Überraschender Besuch Kim Jong-ils in Beijing

Vom 29. bis 31. Mai 2000 hielt sich der nordkoreanische Staatschef, Kim Jong-il, in Beijing auf. Die Visite war geheim gehalten worden und es wurde erst post festum darüber berichtet, u.a. in Xinhua (XNA, 2.6.00). Wörtlich hieß es dort: „Der Generalsekretär des ZK der Koreanischen Arbeiterpartei und Vorsitzender der Nationalen Verteidigungskommission der Demokratischen Volksrepublik Korea hat am Mittwoch einen dreitägigen inoffiziellen Besuch in China abgeschlossen“. Kim war auf Einladung von Jiang Zemin in die VRCh gereist. Bei der Visite handelte es sich um Kims erste bekannt gewordene Auslandsreise seit einem Chinabesuch im Jahre 1983.

Die Visite fand zwei Wochen vor dem schon im Vorfeld als historisch bezeichneten Gipfeltreffen zwischen Nord- und Südkorea statt. Aus diesem Grunde sollte Südkoreas Staatspräsident Kim Dae-jung vom 13. bis 14. Juni 2000 nach Pyongyang reisen – zum ersten innerkoreanischen Gipfel, der seit dem Koreakrieg von 1950/53 stattfand.

Offensichtlich verfolgte Kim Jong-il mit seinem Chinabesuch das Ziel, sich um die Mithilfe der VRCh bei der Regelung jener Sicherheitsfragen zu bemühen, die auf der koreanischen Halbinsel anstehen: Dort herrscht seit dem Waffenstillstandsvertrag von 1953 nicht Frieden, sondern lediglich Waffenstillstand. Ferner

sind in Südkorea nach wie vor rund 37.000 US-Soldaten stationiert, deren Präsenz sowohl den Nordkoreanern als auch den Chinesen ein Dorn im Auge ist. Drittens stehen sich hier beiderseits der Grenzen über 1 Mio. Soldaten gegenüber: Nordkorea hält insgesamt rund 1,08 Mio., Südkorea fast 700.000 Mann unter Waffen. An Kampfpanzern stehen dem Norden 3.500, dem Süden 2.130, an Kampfflugzeugen 545 bzw. 488, an Kriegsschiffen 3 bzw. 39, an U-Booten 26 bzw. 19 und an Bodenraketen 54 bzw. 12 zur Verfügung.

Die (quantitative) Waffenüberlegenheit des Nordens entspricht allerdings in keiner Weise dem Einwohner- sowie dem Einkommensstand: Während nämlich der Norden nur 21 Mio. Einwohner hat, sind es im Süden 47 Mio., also mehr als doppelt so viele. Was gar das BIP anbelangt, so kommt der verarmte Norden auf gerade einmal 17 Mrd. US\$, der Süden dagegen auf rund 410 Mrd.

Angesichts dieser Zahlen liegt es auf der Hand, dass beide Seiten bei einer friedlichen Lösung des Wiedervereinigungsproblems nur gewinnen können: Der Norden hätte die Möglichkeit, wirtschaftlich vom Süden zu profitieren, während der Süden, umgekehrt, seine Ängste verlieren würde, falls der Norden abrüstete und „Schwerter zu Pflugscharen“ schmiedete.

China, das 1992 diplomatische Beziehungen mit Seoul aufgenommen hat, befürwortet einen friedlichen Ausgleich zwischen den verfeindeten Brüdern seit langem, hat dafür von Seiten Pyongyangs aber lange Zeit nur Kritik einstecken und herbe Rückschläge in seinem Verhältnis zu Nordkorea hinnehmen müssen, die eine Zeit lang bis an den Rand militärischer Konfrontationen heranreichten.

Die Beziehungen hatten sich aber nicht nur deshalb abgekühlt, weil Beijing mit Seoul diplomatische Kontakte aufgenommen, sondern weil die VR China einen politischen Kurs („sozialistische Marktwirtschaft“) eingeschlagen hatte, der den Überzeugungen Nordkoreas fundamental widersprach.

Man kann davon ausgehen, dass die chinesischen Gesprächspartner Kims, angefangen von Jiang Zemin über Li Peng, Zhu Rongji und Li Ruihuan bis hin zu Hu Jintao nichts unterlassen

haben, um ihren Gast von der Notwendigkeit einer friedlichen Lösung der Koreafrage zu überzeugen. Viel war zunächst einmal von der (wiederbelebten) „Freundschaft zwischen China und der DVRK“ die Rede (XNA, 2.6.00). Die frühere Formel vom „Verhältnis zwischen Lippen und Zähnen“ tauchte diesmal allerdings nicht auf – Anzeichen einer grundlegenden atmosphärischen Veränderung?

Die chinesische Führung weiß, dass sie auch in Zukunft noch viel Überzeugungsarbeit leisten muss. Bleibt Kim doch vorläufig nicht nur bei seinem Militarisierungskurs, mit dem „nebenbei“ übrigens Tausende von Hungeropfern in Kauf genommen werden, sondern auch bei seinem Isolationskurs, der sich nicht nur in einer tiefen Verständnislosigkeit für die Sorgen der Nachbarstaaten, sondern auch im Pochen auf Fortsetzung der „Chuche“-Politik ausdrückt.

In der Tat hat Kim während seiner Visite mehrere Male darauf hingewiesen, dass Nordkorea seine „Chuche“-Politik keineswegs aufgeben, sondern den autarken Weg eines nordkoreanischen Sozialismus weiterbeschreiten wolle (XNA, 2.6.00).

Im Gegensatz zu dieser starren Haltung machte Jiang seinen Gesprächspartner darauf aufmerksam, dass sich die „internationale Situation von Grund auf geändert hat“. China z.B. wolle verstärkt auf seine „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ setzen (ebd.). Es unterstütze die beiden koreanischen Seiten bei ihrem Bemühen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende „friedliche Wiedervereinigung“ zu erreichen. Um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Nordkoreas abmildern zu helfen, wolle China weiterhin ohne Bezahlung Getreide und andere Güter liefern (ebd.).

Vereinbart wurde ferner ein Gegenbesuch Jiang Zemins in Pyongyang noch im Jahre 2000 (*Yonhap*, Seoul, in SWB, 2.6.00)

Verringerte Nordkorea seine Rüstung, nähme es damit überdies den Amerikanern jeden Vorwand für eine weitere Stationierung von Truppen in Korea.

Vermutlich haben die Chinesen ihren Gast auch daran erinnert, dass Nordkorea mit seinem aggressiven Verhalten einen der Hauptanlässe für den

Entschluss der USA geliefert hat, in Asien ein TMD, d.h. einen Raketen-schutzschild aufzubauen, in den auch Japan und Taiwan einbezogen werden sollen. Nordkorea hatte 1998 eine unbewaffnete Rakete über Japan hinweg in den Pazifischen Ozean abgeschossen – und damit in Tokio Nervosität sowie eine Suche nach Gegenmitteln ausgelöst.

Kim Jong-il beschränkte sich während seines dreitägigen Aufenthalts keineswegs auf politische Gespräche. Vielmehr benutzte er auch die Gelegenheit zum Besuch des Beijinger Stadtviertels Zhongguancun, das wegen der vielen dort angesiedelten High Tech-Firmen manchmal als „Chinas Silicon Valley“ bezeichnet wird. Er habe sich nicht nur von dieser Besichtigung, sondern auch vom Reformkurs der VR China überhaupt beeindruckt gezeigt, hieß es (*Chungang Ilbo*, Seoul, in SWB, 2.6.00).

Allen gegenseitigen Freundschaftsbeteuerungen zum Trotz kommt es nach wie vor zu Spannungen zwischen beiden Seiten, und zwar mittlerweile hauptsächlich wegen Zehntausender von nordkoreanischen Flüchtlingen, die illegal über die Grenze nach China strömen. Nach Angaben des UNO-Hochkommissariats für das Flüchtlingswesen drohen Nordkoreanern, die (meist wegen der seit 1994 herrschenden Hungersnot) nach China fliehen, im Falle ihrer Rücküberstellung Gefängnis- und manchmal sogar Todesstrafen. Trotzdem würden Flüchtlinge immer wieder repatriert – im ersten Quartal 2000 waren es ungefähr 1.000. Nach UNHCR-Maßstäben verletzt die VR China damit das „Internationale Protokoll über die Behandlung von Flüchtlingen“, zu dessen Unterzeichnern auch Beijing gehört.

Vor allem am Vorabend des Geheimbesuches Kim Jong-ils betrieb Beijing seine Repatriierungspolitik mit besonderer Intensität (SCMP, 12.5.00). Die VRCh wollte damit vielleicht das Wohlwollen Pyongyangs erkaufen. Angeblich haben die Geheimpolizeien beider Staaten ihre Zusammenarbeit koordiniert, und zwar mit dem Ziel, so viele nordkoreanische Flüchtlinge wie möglich wieder in ihre Heimat zurückzubringen. Ihre Zahl wird auf 50.000 bis 300.000 geschätzt (ebd.). -we-

3 Besuch des indischen Staatspräsidenten in China

Vom 29.5. bis 3.6.2000 besuchte der indische Staatspräsident Kocheeril Rahman Narayanan die VR China. Es war dies die erste Visite eines indischen Staatsoberhauptes in Beijing seit acht Jahren.

Narayanan war früher Botschafter in China gewesen.

Seine Reise fand anlässlich der 50-Jahr-Feiern der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern statt. Bis Ende der 50er Jahre waren die Beziehungen zwischen den beiden bevölkerungsreichsten Staaten Asiens (und der Welt) zumindest nach außen hin überaus harmonisch gewesen. Dann war es zu Reibungen und schließlich 1962 zu einem regelrechten Grenzkrieg gekommen, der jahrelange Feindschaft – und ein Bündnis Indiens mit der Sowjetunion – nach sich zog. Erst 1979 setzte mit dem Besuch des damaligen Außenministers (und heutigen Ministerpräsidenten) A.B. Vajpayee ein Dialogprozess ein, der mit dem Besuch des damaligen Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi 1988 einen Höhepunkt fand.

Seitdem ist der Dialog erhalten geblieben, auch wenn es zwischendrin, vor allem 1986/87, aber auch 1999 (Nukleartests in Südasien), immer wieder zu Spannungen kam. Gleichwohl hat der Rajiv Gandhi-Deng-Gipfel von 1988 zu der Erkenntnis geführt, dass sich die Ereignisse von 1962 nicht mehr wiederholen dürften. Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit hat sich seitdem verstärkt und liegt im Außenhandel mittlerweile bei rund 2 Mrd. US\$ pro Jahr. Vor allem 1993 und 1996 einigten sich beide Seiten darauf, entlang der LAC (Line of Actual Control), also der Waffenstillstandsgrenze von 1962, Frieden zu wahren und auf eine Zusammenarbeit der Militärs zwischen beiden Seiten hinzuarbeiten.

Hauptproblem aus chinesischer Perspektive bleibt im bilateralen Verhältnis die enge Zusammenarbeit Chinas mit Pakistan, sei es nun in Waffen- (und vielleicht sogar in Nuklear)belangen oder aber in der Kashmirfrage.

Dass das seit den 60er Jahren bestehende Misstrauen im Grenzbereich

noch keineswegs erloschen ist, hat erst vor kurzem wieder die überempfindliche Reaktion Indiens auf Meldungen gezeigt, dass die chinesische VBA im LAC-Bereich von Arunachal Pradesh seit April 2000 eine strategische Straße baue (dazu FBIS/CHI, 17.5.00).

Angesichts des fortdauernden Misstrauens zwischen beiden Seiten konnte der Besuch Narayanans nicht sehr viel mehr sein als ein Anlass, die positiven Entwicklungen zwischen beiden Seiten zu würdigen und überdies Vorsätze für eine bessere künftige Zusammenarbeit zu fassen. Die Tatsache, dass ein ehemaliger indischer China-Botschafter Staatspräsident und dass der Architekt des Wiederbeginns zwischenstaatlicher Dialoge, Vajpayee, heute Ministerpräsident ist, könnte solchen Vorsätzen Substanz verleihen.

Jiang Zemin unterbreitete dem indischen Gast am 29. Mai einen Vier-Punkte-Vorschlag für die Verbesserungen der beiderseitigen Beziehungen, der voll von Allgemeinplätzen ist: (1) Mehr politische Gespräche sowie (2) mehr Handel zwischen beiden Seiten, (3) Verstärkung der Koordination und Kooperation in internationalen Fragen und (4) „angemessene Behandlung von Fragen, die von der Geschichte hinterlassen worden sind“, wobei es darauf ankomme, Gemeinsamkeiten in den Vordergrund und Differenzen auf die lange Bank zu schieben (XNA, 30.5.00).

Narayanan besuchte auf seiner China-reise noch die Hafenstadt Dalian sowie die südchinesische Provinz Yunnan. Abschließend bezeichnete er seine Visite als vollen Erfolg. Vor allem bei der Lösung der Grenzfrage wolle man weiter am Ball bleiben. Die Zeitung „Hindu“ (30. Mai 2000, S.13) sprach von einem „US-Schatten“ über den chinesisch-indischen Gesprächen. Seit US-Präsident Clinton Indien besucht und damit ein neues Verhältnis zu Delhi eingeleitet hat, sei die von den USA „diskriminierte“ VR China noch misstrauischer gegenüber dem südlichen Nachbarn geworden. Ein Artikel in der IHT vom 29. Mai trug bezeichnenderweise die Überschrift: „To counter China, US should pay more attention to India“. Auch Indiens Haltung in der Tibetfrage, vor allem seine Gastrolle für den Karmapa Lama, hat-

te in Beijing Verärgerung ausgelöst.
-we-

4 Beendigung der Spannungen zwischen China und den Philippinen? Staatspräsident Estrada besucht die VRCh

Das chinesisch-philippinische Verhältnis unterliegt seit Jahrzehnten einem Wechselbad der Gefühle: Ursprünglich gehörten die Philippinen aus Beijinger Sicht zum kapitalistischen Lager, weshalb die VR China Untergrundbewegungen aller Art auf dem Inselreich unterstützte.

Im Juni 1975 wurden dann diplomatische Beziehungen aufgenommen, so dass sich ein neues Verhältnis zu entwickeln schien.

Schon bald kam es jedoch zu neuen Spannungen – diesmal vor allem um Souveränitätsansprüche auf Teile des Spratly-Archipels, vor allem um das Mischief-Riff.

Anlässlich des 25. Jahrestags der Aufnahme beiderseitiger diplomatischer Beziehungen reiste Staatspräsident Estrada Mitte Mai zu seinem ersten Staatsbesuch in die VR China und konnte dort, wie er überrascht feststellte, zahlreiche konstruktive Gespräche führen (17. bis 21.5.2000).

Nach Abschluss der Gespräche wurden fünf Dokumente unterzeichnet, die das beiderseitige Verhältnis auf eine neue Grundlage stellen sollten, nämlich eine „Gemeinsame Erklärung über das Rahmenwerk für die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen Chinas und der Philippinen im 21. Jahrhundert“, ferner ein „Protokoll über die 12. Sitzung der Gemeinsamen Kommission für wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit“, drittens ein „Programm für die kulturelle Zusammenarbeit in den Jahren 2000 und 2001“, viertens ein „Notenaustausch über den Aufbau eines Landwirtschaftszentrums durch die VR China auf den Philippinen“ und, fünftens, ein „Memorandum über die Zusammenarbeit im Bereich des Bewässerungswesens“ (XNA, 17.5.00).

Von fundamentaler Bedeutung soll, wenn es den Erklärungen beider Seiten nach geht, die oben erwähnte „Gemeinsame Erklärung für die Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert“ sein,

die am 16. Mai unterzeichnet wurde und aus 14 Paragraphen besteht. § 1 beschwört die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“, § 2 stellt „enge und häufige Kontakte auf hoher Ebene“ in Aussicht, § 3 kündigt jährliche Treffen zwischen führenden Repräsentanten des Außenministeriums und § 4 Kontakte zwischen Militärvertretern an. In § 5 wird eine engere Zusammenarbeit beim Außenhandel und bei Investitionen, in §§ 6-8 auch bei anderen Belangen (z.B. im Justizwesen) angekündigt.

Besonders wichtig ist § 9, in dem von „Aufrechterhaltung des Friedens und der Stabilität im Südchinesischen Meer“ die Rede ist. Beide Seiten wollten sich hier künftig verstärkt an die „UN-Convention on the Law of the Sea“ von 1982 und an die bilaterale Abmachung von 1995 halten, in der sich beide Seiten zugesagt hatten, keine gewaltsame Lösung anzustreben, sondern eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens aufzubauen. In § 12 wird eine enge Zusammenarbeit sowohl in bilateraler als auch multilateraler Hinsicht angekündigt – Letzteres im Rahmen der ASEAN, der „10+3“ und des ARF sowie des ASEM und der WTO (XNA, 17.5.00).

Schon wenige Tage später kam es im Spratly-Bereich allerdings erneut zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf ein Chinesischer Bootsführer bei „einem Zusammenstoß mit Vertretern maritimer philippinischer Behörden“ getötet wurde (*Philippine Daily Enquire*, in SWB, 31.5.00).

Am 26. Mai wurde ein Chinesisches Fischerboot aus der Provinz Hainan aus der Nähe der philippinischen Insel Palawan von philippinischer Marine unter Feuer genommen. China stellte daraufhin Kompensationsforderungen an Manila (XNA, in SWB, 5.6.00).

Die philippinische Marine hatte in den vergangenen Jahren immer wieder Zusammenstöße mit chinesischen Fischerbooten zu verzeichnen. Besonders scharf reagierte Manila, als Beijing damit begann, auf dem zu den Spratlys gehörenden Mischief-Riff Bauten zu errichten, die von philippinischer Seite als Okkupationssignale interpretiert wurden. -we-

5 China – Indonesien: gemeinsame Erklärung über die beiderseitige Zusammenarbeit

Am 9. Mai 2000 fanden in Beijing Feiern statt, die dem Gedenken an die Aufnahme beiderseitiger diplomatischer Beziehungen vor genau 50 Jahren gewidmet waren (XNA, 10.5.00). Aus diesem Anlass erklärte die indonesische Seite, sie suche noch engere Beziehungen zur VR China. Am 8. Mai unterzeichneten Indonesien und China eine „Gemeinsame Erklärung über die beiderseitige Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert“, die dem Wunsch nach engerer Kooperation Rechnung tragen und ihn feierlich bekräftigen sollte.

Das Dokument besteht aus 15 Paragraphen, die weitgehend der entsprechenden „Gemeinsamen Erklärung Chinas und der Philippinen“ gleichen (siehe vorhergehende Übersicht) (Text in XNA, 9.5.00). Das Abkommen sei „im Geist der Kooperation, des Dialogs und der Nicht-Konfrontation sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen“ geschlossen. Abweichend vom chinesisch-philippinischen Vertrag wird in § 13 noch besonders auf den ABM (Anti Ballistic Missile Treaty) und auf den „Vertrag über eine nuklearwaffenfreie Zone in Südostasien“ hingewiesen, die nach Ansicht beider Unterzeichner eine „wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der strategischen Stabilität spielen“.

Offensichtlich bemüht sich Beijing derzeit, die Gedenktage aus Anlass der Errichtung diplomatischer Beziehungen zum Ausgangspunkt für neue vertrauensbildenden Maßnahmen zu machen. -we-

6 Die VR China erhält von den USA einen PNTR-Status zugesprochen

Am 15. November 1999 war zwischen den Regierungen der USA und Chinas ein Abkommen unterzeichnet worden, das der VR China einen PNTR- (Permanent Normal Trade Relations)-Status zusprach. Damit war zugleich ein wichtiger Schritt für den Beitritt Chinas zur WTO getan worden (C.a., 1999/11, Ü 1).

Früher hieß der Status „Meistbegünstigung“ (oder MFN: Most Favoured Nation), heute, seit dem Steuerreformgesetz der USA vom Juli 1998, PNTR.

Allerdings bedurfte das Abkommen vom 15. November noch der Ratifizierung, die den Gegnern einer Normalisierung mit China, vor allem den Gewerkschaften, den Menschenrechtsgruppen, den Kirchen sowie zahlreichen Abgeordneten und Senatoren beider Parteien, eine günstige Gelegenheit bot, ihre Ablehnung noch einmal in aller Deutlichkeit zu demonstrieren, wobei vor allem mit zwei Hauptgegenargumenten gearbeitet wurde, die sich auf die Schlagworte „Menschenrechte“ und „Arbeitsplätze“ bringen lassen.

Stärker freilich als die Reihen der Gegner war die Front der Befürworter des PNTR. Zu ihnen gehören nicht nur die Clinton-Regierung, sondern auch drei ehemalige Präsidenten (Ford, Carter und Bush) (XNA, 10.5.00) sowie Alan Greenspan, der Chef des US Federal Reserve Board (XNA, 20.5.00). Sie alle betonten, dass der PNTR und die volle Beteiligung Chinas an der WTO im Interesse der Vereinigten Staaten liege, zumal China schon heute 3% des Welthandels betreibe – und dies mit der Erwartung einer raschen Ausweitung (ebd.).

In der Tat konnte die Gesetzesvorlage zur Normalisierung der bilateralen Handelsbeziehungen schnell wichtige Kongressbarrieren überwinden, u.a. den Wirtschafts- und Finanzausschuss des Repräsentantenhauses und den Finanzausschuss des Senats.

Zahlreiche Gegner der Normalisierung wurden durch eine Sondervereinbarung umgestimmt, in der eine unabhängige Kommission vorgesehen ist, die Jahr für Jahr die VRCh-Menschenrechtssituation im Auftrag des Kongresses überprüfen soll. Außerdem wurde die Vorlage mit einer Vollmacht für den Präsidenten ergänzt, die ihm im Falle einer übermäßigen Importzunahme aus der VRCh das Recht einräumen sollte, nicht nur Hilfsmaßnahmen für die betroffenen Industrien zu treffen, sondern auch vorübergehende Einfuhrrestriktionen zu verhängen.

Akribisch verfolgten die chinesischen Medien den allmählichen Zusammenbruch der gegnerischen Front (dazu beispielsweise XNA, in SWB, 11.5.00).

Am 24. Mai war es dann so weit: Das Repräsentantenhaus plädierte mit 237 zu 197 Stimmen für den PNTR-Status der VR China – dies war ein großer Sieg für die Clinton-Regierung und ein harter Schlag gegen die Gewerkschaften.

Eine lange Problemgeschichte hatte damit einen positiven Abschluss gefunden: 1948 war die Republik China dem GATT, also der Vorgängerorganisation der WTO, beigetreten, doch hatte sich die VRCh 1950 aus dieser Allianz wieder zurückgezogen. Es dauerte bis Ende 1978, ehe mit dem Reformkurs Deng Xiaopings ein neues Zeitalter begann. 1986 stellte China einen Antrag auf GATT-Mitgliedschaft, der jedoch durch die Tiananmen-„Zwischenfälle“ wieder ins Abseits geriet. Nachdem GATT im April 1995 in WTO umbenannt worden war, begann China erneut einen Beitrittsantrag zu stellen. Die angehenden Verhandlungen wurden durch die Bombardierung der Belgrader Botschaft der VRCh am 7. Mai 1999 erneut unterbrochen, doch schon bald wieder aufgenommen. Am 15. November 1999 erfolgte, wie erwähnt, die Unterzeichnung des Abkommens. Am 19. Mai 2000 hatte auch die EU ihr Placet für den Beitritt Chinas zur WTO erteilt. Die Annahme des Gesetzes vom 24. Mai durch das Repräsentantenhaus eröffnet ein neues Stadium. -we-

7 Haben NMD und TMD mit „Amerikas Angst vor China“ zu tun?

Die offizielle Begründung, die Washington für seine Raketenabwehrpläne liefert, lautet, dass „Rogue States“, d.h. also so genannte „Schurkenstaaten“ von Übergriffen auf die USA oder auf andere Verbündete abgeschreckt werden sollen. Keinesfalls richte sich der Abwehrschild gegen Russland oder gegen andere „zivilisierte“ Raketenbesitzer.

Der Hinweis auf „Rogue States“ ist simpel und richtet sich an einfache Gemüter, erspart also weitere rationale und differenzierte Erklärungen. Zu den „Schurkenstaaten“ gehören vor al-

lem sechs Feinde der USA, nämlich Nordkorea, Libyen, Kuba, der Iran, der Irak und Syrien.

All diese Staaten haben sich jedoch, allem Abenteuerertum zum Trotz, das ihnen unterstellt wird, zumindest in einer Hinsicht als überaus zuverlässig erwiesen, nämlich was ihre Lebensdauer und die Überlebensfähigkeit der herrschenden Regime anbelangt. Von irrationaler Selbstmordabsicht, die mit einem allzu unberechenbaren Vorgehen verbunden wäre, kann also nirgends die Rede sein. Das Regime Fidel Castros existiert seit nunmehr 41 Jahren, das Regime Saddam Husseins seit 21 Jahren, dasjenige der iranischen Mullahs seit 22 Jahren, das Syrien des vor wenigen Tagen verstorbenen Hafis Assad seit 29 Jahren, das Libyen Moammar Gadhafis seit 31 Jahren und das kommunistische Nordkorea sogar seit 52 Jahren.

Bei aller Skrupellosigkeit der politischen Führung und bei allen Menschenrechtsverletzungen, mit denen die Machterhaltung in diesen Staaten erkaufte wird, haben alle sechs „Rogue States“ doch bemerkenswerte Rationalität im außenpolitischen Verhalten an den Tag gelegt. Man darf auch davon ausgehen, dass sie alle wissen, wie tödlich für sie eine offene Konfrontation mit den USA wäre.

Darf man sich deshalb mit den Erklärungen Washingtons, dass sich NMD und TMD ausschließlich gegen „Schurken“ richteten, zufrieden geben?

Niemand hat diese Frage bisher eindeutiger verneint als der britische Militärexperte Jonathan Eyal, der hinter Washingtons geplanter Raketenabwehr ein einziges und ausschließliches Motiv Washingtons entdeckt haben will, nämlich seine Angst vor China. Eyal ist wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Verteidigungsfragen beim britischen Streitkräfteverband (Interview in: *Der Spiegel*, 23/2000, S.164-167). Der Hinweis auf die „Schurkenstaaten“ sei „völlig unsinnig“: Von Nordkorea wisse man noch nicht einmal, ob es in fünf Jahren überhaupt noch existiere. Das Gleiche gelte für den Iran und für viele andere Regime.

A und O aller amerikanischen Überlegungen sei eine „Heidenangst“ vor China. „Die USA wollen mit allen Mitteln

verhindern, dass Beijing die Fähigkeit erlangt, das amerikanische Festland ernsthaft zu bedrohen. Noch sind die Amerikaner militärisch unbestrittene Nummer eins weltweit. Diese erdrückende Überlegenheit wollen die Vereinigten Staaten gegenüber Ländern wie China, aber auch Indien und Pakistan, in jedem Fall aber Russland sichern, koste es, was es wolle.[...] Die USA wollen nicht in die Lage geraten, Beijing irgendwann als gleichrangig behandeln zu müssen – so wie sie das zu ihrem Leidwesen in den vergangenen 50 Jahren mit Moskau tun mussten. Die Strategen im Pentagon sehen China als die eigentliche Gefahr für Amerikas Zukunft. Deswegen verstärkt Washington seine Streitkräfte im Pazifik und plant ein Verteidigungssystem mit Taiwan und Japan. Da sie das nicht öffentlich bekennen wollen, tischen sie uns für die NMD-Debatte diese billigen und z.T. wirklich dummen Argumente auf, die für jeden Militärstrategen einfach lächerlich klingen“ (ebd., S.164).

Im Gegensatz dazu verfolge China „bislang konsequenter als alle anderen Atomkräfte das Prinzip minimaler Abschreckung“. Es unterhalte gerade einmal 2 Dutzend Interkontinentalraketen, um den Amerikanern für einen Ernstfall vernichtende Vergeltungsschläge glaubhaft androhen zu können. Verwirkliche sich das NMD Washingtons, so sei Chinas minimale Abschreckung allerdings wertlos. Der NMD-Schritt Washingtons zwingt die VRCh also notfalls zu weiterer Aufrüstung. Kein Wunder, dass die Chinesen außerordentlich besorgt seien, zumal Clinton mit seinem Indienbesuch den Chinesen „ganz deutlich gezeigt hat, wie überaus gelegen ihm ein atomar bewaffnetes Indien für Washingtons Eingrenzungspolitik gegenüber China kommt“ (ebd., S.167).

In der Tat gehört die Polemik vor allem gegen das TMD seit Monaten mit zu den Hauptthemen chinesischer Medienpolitik, über die in C.a. mehrfach berichtet wurde (z.B. C.a., 2000/3, Ü 7, C.a., 2000/2, Ü 10, oder C.a., 1999/12, Ü 5).

China kann inzwischen mit Befriedigung feststellen, dass es mit seiner Fundamentalkritik nicht allein dasteht, sondern von überall her Unterstützung erfährt, sei es nun von Seiten

Russlands oder sogar von Seiten der EU. Außerdem widerspricht das TMD offensichtlich dem für die Abrüstung wichtigen ABM (Anti Ballistic Missile Treaty) von 1972. Vor allem aber ist eine neue Aufrüstungswelle zu befürchten, die von nahezu allen Mächten – außerhalb der USA – abgelehnt wird. -we-

8 Vereinfachung von Auslandsreisen

Vom 1. Juni 2000 an werden neue Reisepässe ausgegeben, zunächst allerdings nur in Shanghai sowie in der benachbarten Provinz Jiangsu. Aber auch in den anderen Gebieten sollen die neuen Passregelungen noch im Jahre 2000 greifen (XNA, 23.5.00).

Die Wartefrist für die neuen Pässe soll nicht länger als 15 Tage dauern, in Eilfällen sogar nur fünf.

Personen, die mit einer Tourismusagentur ins Ausland reisen, brauchen lediglich einen Rechnungsbeleg für die Reiseausgaben vorzulegen. Früher war dazu eine formelle Regierungserlaubnis erforderlich gewesen.

Die neuen Pässe sollen fünf Jahre lang gültig sein und können beliebig oft benutzt werden. Die alten Pässe hatten eine Gültigkeitsdauer von gerade einmal einem Jahr und waren lediglich für eine einzige Auslandsreise gültig. Diese alten Pässe gelten einstweilen bis zur Ablaufzeit weiter, werden dann allerdings nicht mehr verlängert (ebd.).

Die neuen Regelungen wurden vom Ministerium für öffentliche Sicherheit herausgegeben (XNA, 27.5.00).

Schon im Vorfeld der neuen Regelung hatte es in einigen Regionen der Volksrepublik, vor allem in der nördlichen Hafenstadt Tianjin, eine ungewöhnliche Zunahme an Auslandsreisen gegeben. So waren z.B. bereits im ersten Quartal des Jahres 2000 11.736 Einwohner Tianjins ins Ausland gereist – eine Erhöhung von 50% gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Das städtische Büro für Ein- und Ausreisevisa hatte bereits zu Beginn des Jahres eine Anordnung herausgegeben, derzufolge die Bürger der Stadt, wenn sie sich Ausland begeben wollten, lediglich 4.000 US\$ vorzulegen

hätten, um grünes Licht für eine Ausreise oder aber für ein Studium im Ausland zu erhalten. Auslandsstudenten haben lediglich die Einladung einer ausländischen Universität vorzulegen, wenn sie um einen Pass einkommen. Auch die Voraussetzungen für eine Arbeit oder für eine Geschäftstätigkeit im Ausland sind vereinfacht worden.

Vor Erlass der neuen Bestimmungen waren viele Einwohner Tianjins durch den Papierkrieg, der jeder Reise voranzugehen pflegte, entmutigt worden (XNA, 25.5.00). -we-

Innenpolitik

9 Tag der Arbeit im Zeichen zunehmender Arbeiterproteste

Zum 1. Mai beging die Volksrepublik ihre jährlichen Feierlichkeiten zum internationalen Tag der Arbeit, dem auf Grund der zentralen Legitimierung der Kommunistischen Partei durch die Vertretung der Interessen der „werk tätigen Massen“ ein großer Stellenwert zukommt.

Wie in jedem Jahr wurden auch diesmal rund 3.000 Modellarbeiter ausgezeichnet und in den offiziellen Medien mit hehrem Lob für ihre Loyalität gegenüber Partei und Volk sowie ihre unermüdliche Hingabe an die Sache der Reform bedacht. In seiner Funktion als Vorsitzender des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes hielt Wei Jianxing eine Festtagsansprache, in der er einerseits die konsequente Umsetzung der politischen Leitlinien der Partei, andererseits den Schutz der rechtmäßigen Interessen der Werktätigen und ihrer demokratischen Rechte forderte. Auch Jiang Zemin betonte, dass ein Kernelement in der Entwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft der Ausbau basisdemokratischer Strukturen sei, die die Werktätigen in die Lage versetzen sollten, „demokratische Wahlen, Verwaltung, Politikformulierung und Aufsicht“ durchzuführen. Den Gewerkschaften wird dabei – in korporatistischer Manier – die Rolle einer „Brücke“ bzw. eines „Bindeglieds“ zwischen werktätigen